

## 5 Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in den Gymnasien und Gesamtschulen

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/134

In Verbindung mit:

### **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I**

Gesetzentwurf  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/135

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Schule und Weiterbildung  
Drucksache 15/1551 – Neudruck

Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1642

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion Die Linke der Abgeordneten Böth das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

**Gunhild Böth (LINKE):** Danke, Frau Präsidentin. An dem langen Einleitungstext der Präsidentin hat man gehört, dass wir heute über ein ganzes Paket abstimmen werden.

Da wir die antragstellende Fraktion sind, möchte ich zunächst etwas zum Verfahren sagen. Wir hätten den Gesetzentwurf zur Rücknahme des sogenannten Turboabiturs zurückgezogen, wenn dem nicht die Geschäftsordnung entgegenstünde und die beiden anderen Anträge damit auch weg gewesen wären. Also müssen wir uns jetzt dem Akt aussetzen, dass dieser Gesetzentwurf von allen Fraktionen außer unserer erneut abgelehnt wird. Aber so ist nun einmal das Verfahren. Das muss man einfach aus Verfahrensgründen feststellen.

Wir waren der Auffassung, dass das Turboabitur – also das Abitur nach acht Jahren am Gymnasium – zurückgenommen werden sollte, weil es an dieser Entwicklung bekanntermaßen sehr viel Kritik gegeben hat.

Wir haben im Ausschuss eine Anhörung dazu veranstaltet. In dieser Anhörung ist ganz deutlich geworden, dass auch die, die bisher immer wieder Kritik daran geübt haben, das nicht wollen. Es fragt sich, warum. Die Zusammenfassung ist ziemlich simpel. Es wurde gesagt: Wir haben jetzt erst mal die Nase voll von einer Kehrtwende, lasst uns in nächster Zeit einfach mal zufrieden. – Denn ganz offensichtlich war es in den letzten Jahren so – und

ich kann dem nur zustimmen –, dass – wie sagt man an der Schule so schön – jede Woche eine neue Sau durchs Dorf getrieben wurde. Davon wollen sie jetzt einfach nichts mehr hören – unabhängig davon, dass es daran natürlich viel Kritik gibt.

Diese Kritik – und jetzt komme ich zum Entschließungsantrag, den wir dazu gestellt haben – wurde von der Landesregierung aufgegriffen. Die Ministerin hat da, wo sie aufgetreten ist, immer berichtet, dass die Mängel abgestellt werden. Wir sind der Auffassung, dass das Ministerium dazu einen Bericht vorlegen sollte. Das ist im Entschließungsantrag 15/1642 dargestellt. Ich zitiere:

„... in dem die von den Gymnasien in den Beratungen mit dem Ministerium aufgezeigten Mängel dargestellt werden, die sich auf die Umsetzung des G8 beziehen“.

Aber viel wichtiger ist die zweite Aufforderung an die Landesregierung:

„ ... in dem die Vorhaben der Landesregierung aufgezeigt werden, in dem die konkreten Schritte der Behebung dargestellt werden“.

Das ist dem Landtag bisher so noch nicht mitgeteilt worden. Wir glauben, dass das durch diesen Bericht abgestellt werden kann. Und dieser Bericht soll auch die entsprechenden Erlasse und Verwaltungsvorschriften umfassen.

So weit zu unserem Entschließungsantrag. Wir finden den jetzt auch nicht so besonders revolutionär. Es entspricht vielmehr dem guten Brauch, dass der Landtag darüber umfassend informiert wird, und das sinnvollerweise schriftlich, damit es auch alle haben.

Dann gab es zu diesem Paket noch einen zweiten Antrag von uns: Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe. Dieser Antrag basiert darauf, dass wir über das Gymnasium und seine Qualität anhand von G8 schon diskutiert haben. Die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe könnte daher durchaus schon einmal perspektivisch, und zwar auf eine lange Zeit hin, in Angriff genommen werden.

Wir haben in der gymnasialen Oberstufe bisher das Dreijahresmodell, also drei Jahre gymnasiale Oberstufe, alle gehen im Gleichschritt. Man kann natürlich auch sitzenbleiben, also eine Jahrgangsstufe wiederholen, aber immer nur im Fall von Minderleistungen. Und genau darum geht es. Es hat schon in vielen anderen Schulreformüberlegungen einen Paradigmenwechsel gegeben. Man geht nämlich davon aus, dass es auch Möglichkeiten gibt, in Baukastensystemen zu lernen, dass also zum Beispiel Fächer unterschiedlich getaktet und auch unterschiedlich intensiv gemacht werden können. Und so weiter.

Insofern erhalten wir unseren Antrag auf Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe aufrecht. Darin war nämlich gefordert, dass die Landesregierung einen

Entwurf für ein solches Baukastensystem erstellt. Wir wollten dazu jetzt keinen Entschluss haben, sondern es ging darum, einen Arbeitsauftrag an die Landesregierung zu vergeben; denn ein solches Baukastensystem braucht schon eine Menge Vorlauf und eine ganze Menge an Expertise, über die das Ministerium natürlich viel eher verfügt als einzelne Fraktionen oder einzelne Abgeordnete. Darum ging es. Das steht heute hier zur Abstimmung.

Insofern erhalten wir aus den formalen Gründen und auch ansonsten unsere Anträge aufrecht. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Böth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Ratajczak das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Marc Ratajczak (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich konnte mich gerade schwer von Frau Beer trennen. Frau Böth war früher fertig als geplant.

(Gunhild Böth [LINKE]: Ganz neue Koalition!)

– Jeder versucht ja jetzt – siehe SPD –, auf dieser grünen Welle zu reiten. Ich versuche es eher über die zwischenmenschliche Ebene.

(Gunhild Böth [LINKE]: Holla!)

Damit kommt man auch ganz hervorragend klar, Frau Böth.

Meine Damen und Herren! Frau Ministerin! Frau Böth, es ist schon spannend, wie Sie selber gerade zugegeben haben, dass Ihr Antrag bzw. das Paket, das Sie eben noch einmal dargestellt haben, an der Realität eigentlich völlig vorbeigeht. Vielleicht hätten Sie sich einfach erst einmal – das kann Ihnen eigentlich jeder sagen, der sich mit der Materie ein bisschen befasst – mit der Basis, mit den Schulen unterhalten sollen, um zu fragen: „Was wollt ihr? Was geht? Was geht nicht?“, bevor Sie wieder Ihre ideologischen Anträge stellen, hinterher zurückrudern müssen und sagen: Das, was wir wollen, ist vielleicht ganz gut gemeint, aber weder gut gemacht noch halten die Betroffenen es für sinnvoll.

Wir werden dem – Sie haben es angekündigt – natürlich nicht zustimmen – das haben wir schon in der ersten Lesung, im Schulausschuss und in der Anhörung dargestellt –, weil die Betroffenen sagen: Das macht keinen Sinn, was die Linke dort fordert. Lasst uns erst mal in Ruhe das G8 umsetzen. Damit haben wir sicher genug zu tun. – Wir sind der festen Auffassung, dass diese Modularität ein weiteres Chaos in dieses im Moment doch etwas labile System G8/G9 bringt. Das haben wir auch an der neuen Landesregierung kritisiert: dass es jetzt Parallel-

strukturen in der Schulwelt am Gymnasium gibt, eben G8 und G9 an einer Schule. Wenn man dann noch diese Ideen der Linken umsetzen würde, wäre es, glaube ich, überhaupt nicht mehr möglich, einen normalen Schulalltag zu realisieren.

(Gunhild Böth [LINKE]: Einen Plan zu machen!)

Frau Böth, vieles erinnert mich ein wenig an den Comic von Uli Stein mit dem Pinguin und dem Schild mit der Aufschrift „Dagegen!“. Egal, was passiert: Die Linke muss immer noch einen drauflegen und versteht immer noch nicht, warum man nicht einfach versucht, etwas in Ruhe durchzusetzen, dann zu evaluieren und anschließend zu schauen, was man mit den Betroffenen am Ende umsetzen und vielleicht auch verbessern kann.

Das hat letztlich die Anhörung im Schulausschuss gezeigt – Sie waren dabei, Sie haben es ja daraus zitiert –: Man muss zwar auch darüber nachdenken, was man verbessern kann, aber lasst uns jetzt in Gottes Namen mit weiteren Reformen an der Stelle in Ruhe.

Frau Böth, wenn man das Thema vom Gymnasium aus in die Universitäten weiterdenkt – alle kritisieren zu Recht beim Bachelor-/Masterstudiengang, er sei zu sehr verschult, man müsse das zurücknehmen –, hätten letztendlich die Abiturienten, die Schüler jede Menge Wahlmöglichkeiten und Freiheiten, die man ihnen im jetzigen System, wie es leider noch läuft, anschließend wieder wegnimmt. Das macht in dieser Stringenz auch keinen Sinn.

(Gunhild Böth [LINKE]: Was ist das denn?)

– Die Studenten kritisieren doch am Bachelor-/Masterstudiengang, dass sie ein völlig verschultes System haben. Das ist so. Das ist, glaube ich, unstrittig. Da müssen wir noch nacharbeiten. Wenn Sie sagen, Sie wollten in der Oberstufe des Gymnasiums eigentlich modulare Bildungsgänge bzw. modulare Systeme, damit sich jeder seine Bereiche selber auswählen kann, geben Sie den Schülern im Moment mehr Möglichkeiten, als sie später als Studenten haben.

(Gunhild Böth [LINKE]: Was? – Rüdiger Sagem [LINKE]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Studenten, obwohl sie schon etwas älter sind, ein bisschen überfordert sind, ihren eigenen Stundenplan zu organisieren. Das ist den Schülern im jetzigen System daher nicht von heute auf morgen zuzumuten, Frau Böth.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das hat auch keiner gesagt!)

Auch würde das Anbieten von Modulen in den Schulen das System völlig überfordern und die Pro-

duktion des Stundenplans erschweren. Nein, das ist es sicherlich nicht!

Sie haben sicherlich ein oder zwei richtige Punkte angesprochen. Das ist zum einen der Stress, die Belastung der Schüler im Ganztage beim verkürzten Schulgang. Das ist richtig. Da haben die Schulen mit modularen Systemen bzw. mit der unterschiedlichen Taktung der Stundentafeln schon richtige Antworten geschaffen. Das gilt auch für den Ganztage in vielen anderen Bereichen, sodass der Druck da am Ende ein bisschen herausgenommen worden ist. Sie haben in Ihrem Antrag selber schon von den Lehrplänen und den Stundentafeln berichtet. Auch da ist schon eine Menge passiert, um Druck herauszunehmen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Was?)

Am Ende bleibt noch die Problematik der Vereine, die Sie auch angesprochen haben. Für die Frage, wie man eine bessere Kooperation zwischen den Vereinen und den Schulen erreichen kann, hat in diesem Hause bisher keine Partei einen Königsweg gefunden. Den Vereinen, in denen das Training am Nachmittag stattfindet, brechen Schüler nicht nur durch den demografischen Wandel, sondern auch durch den Nachmittagsunterricht weg. Das ist sicherlich ein Problem. Aber auch da machen sich immer mehr Schulen auf, mit den Vereinen Kooperationen zu treffen, um die Schülerinnen und Schüler für den Sport zu begeistern und damit die Vereine mehr Mitglieder generieren können.

Am Ende bleibt zu sagen: Wir lehnen diesen Antrag ab. Wir warten die Evaluation der ersten G8-Jahrgänge ab. Dann werden wir weitersehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ratajczak. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Große Brömer das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Große Brömer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt es hin und wieder die Situation, dass sich Frau Kollegin Böth meldet und in der ihr eigenen charmanten Art und Weise darauf hinweist, dass die Fraktion Die Linke völlig neu im Landtag und auch im Ausschuss sei und sich deswegen mit einigen Verfahrensweisen noch nicht hundertprozentig sicher auskenne, sodass es auch mal zu Fehlern oder Fehleinschätzungen kommen könne.

Das passiert hin und wieder, Frau Böth. Das müssen Sie zugestehen. Der heutige Tagesordnungspunkt ist wohl wieder ein Beispiel dafür. Denn wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, haben Sie gesagt – es liegen der Antrag zur Neugestaltung

der gymnasialen Oberstufe sowie der Gesetzentwurf und der Entschließungsantrag zum Turbo-Abitur vor –, Sie wollten den Gesetzentwurf eigentlich zurückziehen, hätten dann aber auch die beiden anderen Anträge zurückziehen müssen, sodass sie ihn doch aufrechterhalten.

Wenn der Antrag zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe tatsächlich der Anlass gewesen sein sollte, heute diesen Tagesordnungspunkt zu behandeln und den Antrag nicht zurückzuziehen, verstehe ich das eigentlich nicht. Denn der ist von den drei Vorlagen eigentlich am schwächsten und hätte nach meiner Einschätzung als Erster zurückgezogen werden können. Das bleibt aber Ihnen überlassen. Wir haben ihn jetzt zu behandeln.

Ich will zu diesem Antrag nur kurz Stellung nehmen, weil schon seine Geschichte deutlich macht, dass er für den weiteren Diskussionsprozess wenig Inhalt bieten kann.

Die Geschichte sah folgendermaßen aus: Der Antrag ist am 16. September ins Plenum eingebracht und dort ohne Debatte an den Schulausschuss überwiesen worden. Im Schulausschuss wurde er bei der ersten Behandlung ebenfalls nicht inhaltlich debattiert, sondern es wurde eine Anhörung beantragt und beschlossen. Die Anhörung am 9. Februar schließlich hatte zum Glück außer diesem Antrag zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe auch das Turbo-Abi zum Thema sowie ergänzend den Entwurf für das 5. Schulrechtsänderungsgesetz von SPD und Grünen, das heute Morgen verabschiedet worden ist.

Ich sage deswegen „zum Glück“, weil alle Expertinnen und Experten zum Antrag zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe relativ wenig zu sagen hatten und die Anhörung wahrscheinlich nach einer halben Stunde beendet worden wäre, wenn wir uns nur auf dieses Thema konzentriert hätten. Die anwesenden Sachverständigen waren sich in der Bewertung des Antrags völlig einig: Die Thematik „Reform der gymnasialen Oberstufe“ sei zwar wichtig und richtig, aber der Zeitpunkt sei falsch. Insbesondere müsste zunächst einmal ein breiter Diskussionsprozess stattfinden. Aus der Stellungnahme der Kollegin der GEW, Dorothea Schäfer, ging hervor, dass eine Diskussion in der Kultusministerkonferenz eingeleitet werden müsste, um das Abitur gegenseitig anerkennungsfähig zu halten.

Ich glaube, dass diese Einschätzung „Gut gemeint, aber wenig aussagekräftig“ auch von Ihnen selbst geteilt wird, denn im vorliegenden Entschließungsantrag spielt der Antrag gar keine Rolle mehr. Die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe kommt in Ihrem Entschließungsantrag als Thema gar nicht mehr vor.

Deshalb sollten wir es nun wirklich kurz und schmerzlos machen. Wir halten die Diskussion über eine Reform der gymnasialen Oberstufe für wichtig.

Sie sollte aber erst dann intensiv durchgeführt werden, wenn wir den doppelten Abiturjahrgang hoffentlich glücklich und erfolgreich hinter uns gebracht haben.

(Beifall von der FDP)

Dann können wir tatsächlich gemeinsam mit allen Beteiligten einen breiten Diskussionsprozess über notwendige Reformen einleiten und durchführen. Außerdem bin ich mir völlig sicher, dass die zurzeit stattfindenden Bildungskonferenzen mit breiter Beteiligung aller Verbände, der Lehrer-, der Eltern- und der Schülerseite auch dazu sicherlich die eine oder andere Anregung bringen werden.

Mein Fazit, kurz und schmerzlos, Kollegin Böth, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke: Wir können nachvollziehen, dass der Antrag gut gemeint war; inhaltlich ist er aber zu wenig aussagekräftig. Deswegen lehnen wir ihn auch ab. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Große Brömer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Paul das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Josefine Paul (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es im Grunde genommen auch recht knapp halten; denn wir haben dieses Thema bereits breit diskutiert: Es gab eine Unterrichtung der Ministerin; es gab eine Anhörung des Ausschusses, auf die schon des Öfteren verwiesen worden ist; und es gab die Diskussionen und die Auswertung der Anhörung im Ausschuss.

Eine Erkenntnis stand quasi über allem: Ein einfaches „Zurück zu G9“ steht nicht zur Debatte.

Diese Diskussionen haben aber auch deutlich gemacht, dass es durch die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs, wie sie von Schwarz-Gelb durchgeführt worden ist, zu erheblichen Verwerfungen an den Schulen gekommen ist. Ich denke, darauf können wir uns durchaus verständigen, liebe Kollegin Böth. Seinerzeit ist versäumt worden – das ist auch in der Anhörung angemerkt worden –, diesen massiven Eingriff in die Lebensgestaltung von jungen Menschen, von Kindern und Jugendlichen, und in die Schulorganisation fachlich adäquat zu begleiten und zu unterstützen.

Wir teilen die Kritik an der Umsetzung der Schulzeitverkürzung im G8 in weiten Teilen. Deshalb haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen bereits in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, dass wir die Lehrpläne weiter entschlacken und mehr Ganztags möglich machen wollen, um so den teilweise erheblichen Druck und die erheblichen Mehrbelastun-

gen vor allem von der Sekundarstufe I zu nehmen und die Situation dort zu mildern.

Ministerin Löhrmann hat in der Unterrichtung durch die Landesregierung im Dezember letzten Jahres sehr deutlich gemacht, dass die Landesregierung hier auch handeln wird. Ich zitiere aus dem Bericht, der Ihnen im Übrigen schriftlich zugegangen ist. Dort ist zu lesen:

„Die Landesregierung beabsichtigt, die von vielen Menschen so unbefriedigend erlebte Situation in unseren Gymnasien zu verbessern – gemeinsam im Dialog mit möglichst allen Beteiligten und Betroffenen. Betroffene sollen zu Beteiligten werden.“

Ich verweise auch auf die Bildungskonferenz, die systematisch an diese Thematik herangehen wird, die die Betroffenen zu Beteiligten macht, die auch die Verbände beteiligt und die sich der Unruhe, die in den Schulen dadurch oftmals entstanden ist, systematisch annimmt.

Die Schulministerin hat im Dezember bereits einen Maßnahmenkatalog, wie er im Übrigen in Ihrem Entschließungsantrag eingefordert wird, vorgelegt und dabei sieben zentrale Handlungsfelder angesprochen, die ich hier nicht noch einmal im Detail erläutern möchte.

Eigentlich hätten wir uns aus meiner Sicht diese Diskussion heute ein Stück weit sparen können. Denn nicht nur die Maßnahmen sind durch die Landesregierung auf den Weg gebracht worden. Für die Schulen, die mit dem G8 nun wirklich gar nichts anfangen können, die zum G9 zurückwollen, bei denen die Eltern, die Schülerinnen und Schüler sowie das Kollegium hinter der Entscheidung stehen, hat es einen entsprechenden Modellversuch gegeben.

Jetzt muss es allerdings darum gehen, dass wir den Bildungsgang G8 im notwendigen Maße weiter entschlacken und im notwendigen Maße die Entlastung vorantreiben. Das muss jetzt die zentrale Aufgabe sein. Das ist im Übrigen auch etwas, was ganz deutlich und hier auch schon als Konsequenz aus der Anhörung angesprochen worden ist: Es kann nicht darum gehen, immer eine neue Sau durchs Dorf zu treiben, wie Sie es gerade so schön gesagt haben, Frau Kollegin Böth, sondern es muss darum gehen, das, was man jetzt hat, in Ruhe erwachsen werden zu lassen, dann systematisch anzugehen und den Druck herauszunehmen. Das muss jetzt die Aufgabe sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Entschließungsantrag zeigt sehr deutlich, dass auch Sie erkannt haben, dass die meisten Beteiligten in der Schule eine einfache Rücknahme des G8 nicht wollen. Die von Ihnen eingeforderten Maßnahmen – ich habe es gerade schon gesagt – liegen Ihnen bereits vor und werden im Dialog mit den

Beteiligten weiterentwickelt werden. Ich bin mir ganz sicher, dass Ministerin Löhrmann uns da sicherlich sehr gerne auf dem Laufenden halten wird.

Also komme ich zu der Konklusion: Es ist alles und eigentlich schon von jedem und jeder gesagt. Wir hätten uns diese neuerliche Runde zu diesem Thema durchaus sparen können. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll gewesen, das ganze Paket vom Tisch zu nehmen und das Plenum nicht schon wieder mit einer Debatte, die wir hinlänglich geführt haben, zu überfrachten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Danke. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, an fehlender Logik ist das wirklich nicht zu toppen. Einerseits wollen Sie die Gymnasien so schnell wie möglich abschaffen, andererseits machen Sie sich in Ihrem Antrag Gedanken über die innere Organisation der erfolgreichsten Schulform, die wir hier in Nordrhein-Westfalen haben.

Ihr Antrag und Ihr Gesetzentwurf sind eine Mischung aus geheuchelter Fürsorge, Populismus, aber auch Realitätsverweigerung. Wer allen Ernstes die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs in der Sekundarstufe I mit einem Federstrich zurücknehmen will, stürzt die Schulen in ein Chaos.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen aber nicht mehr Unruhe. Wir brauchen keine Aushöhlung der Gymnasien. Schon gar nicht brauchen wir die chaotische Haltung: Rein in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln. Das hat auch die übergroße Mehrheit der Vertreter in der Anhörung sehr deutlich gemacht. Die schon im Wahlkampf von Rot und Grün zuckersüß angekündigte Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 hätte die reine Chaotisierung bedeutet. Letztlich hat das auch die Reaktion der Praxis bewiesen: Lediglich 14 Schulen wollten sich an diesem Modellversuch beteiligen.

Man musste sich nur die Kommentare einiger Schulleiter zu diesen erneuten Eingriffen in die Gymnasien anhören: Ein Schulleiter aus Recklinghausen nannte es ausgemachten Unsinn. Ein zweiter aus Datteln sprach von einer abstrusen Forderung, ein dritter aus Marl von dem größten Horror. Und so weiter. Auch Prof. Boos verlangte zu Recht das Festhalten am verkürzten gymnasialen Bildungsgang. Prof. Boos hat auch mit seinen ergänzenden Forderungen recht: mehr Ganztage an Gym-

nasien und eine weitere Entschlackung der Lehrpläne.

Die Schulen müssen aus Sicht der FDP in der Tat ihre Stundenpläne altersgemäßer organisieren, um besonders die Jüngsten zu entlasten.

Und wir brauchen in den Ergänzungsstunden eine fachliche Aufgabenbetreuung mit individueller Förderung, das heißt: inhaltlicher Wiederholung wo nötig, aber auch Vertiefung des Lernstoffes, wie wir das seit zwei Jahren vorschlagen. Diese konsequenten Verbesserungen haben wir immer wieder gefordert und wir werden sehr genau beobachten, ob die Landesregierung ihre angebliche Unterstützung auch wirklich umsetzt.

Wer den Haushaltsentwurf 2011 zur Hand nimmt, muss zur Kenntnis nehmen, dass Sie bei der sächlichen Unterstützung beim Ganztagsausbau im Zuge der Ganztagsoffensive von einem sogenannten Restbetrag von 25 Millionen € sprechen, Frau Ministerin. Das bedeutet im Vergleich zu 2010 eine Rückführung um 25 Millionen €. Zusätzliche Unterstützung der lange vernachlässigten Schulformen klingt für mich ein bisschen anders. Eine beherzte neue Ganztagsinitiative wie unter Schwarz-Gelb ist da nicht zu erkennen.

Meine Damen und Herren, trotz dieser kritischen Einschätzung bezüglich des rot-grünen Handelns muss man konstatieren: Die Landesregierung hat einen Bericht vorgelegt, in dem bekannte Mängel aufgezeigt wurden. Sie hat einige, wenn auch meist abgeschriebene, Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Daher macht auch der hinterhergeschobene Entschließungsantrag der Linken zu ihrem eigenen Gesetzentwurf keinen Sinn. Offenbar hat die Linke erst in der Anhörung gemerkt, dass sie mit ihrem Gesetzentwurf auf der falschen Spur war. Und wenn man das merkt, sollte man die Spur eigentlich auch wechseln; Sie sind ja selber nicht mehr wirklich davon überzeugt.

Die FDP wird weder dem Gesetzentwurf noch dem Entschließungsantrag zustimmen.

In einem Punkt allerdings liegt der Antrag der Linken zur gymnasialen Oberstufe nicht falsch: Wir brauchen eine Reform. Aber auch da sage ich das, was Herr Große Brömer gesagt hat: Die sollte nach dem doppelten Abiturjahrgang kommen.

Aber anders, als Sie offenbar glauben, Frau Böth, ist eine Oberstufe keine Spaßveranstaltung, in der jeder so lange oder so kurz verweilt, wie er möchte. Den Unterricht der Oberstufe besucht man nicht, wie es die außerschulischen Aktivitäten eben gerade so erlauben. In gymnasialen Oberstufen wird die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Das heißt, es handelt sich nicht um einen Selbsterfahrungsstrip, sondern die Oberstufe eröffnet Chancen durch Leistung.

Gerade deshalb müssen wir die Ausbildungs- und Studierfähigkeit weiter stärken. Und wir müssen zukünftig ein besonderes Augenmerk auf die Kernfächer legen. Unser Ziel muss künftig tatsächlich sein, ein Abitur in Modulen zu ermöglichen – aber anders, als sich die Linke das vorstellt. So könnte zum Beispiel ein Oberstufenschüler bei herausragenden Leistungen in Mathematik in dem Fach seiner besonderen Stärke die Abiturprüfung vielleicht früher ablegen. Das heißt, es sollten nach unserer Auffassung je nach Begabung Teilabiturprüfungen möglich werden.

Durch eine solche Modularisierung wird Jugendlichen die Chance eröffnet, bereits in der Oberstufe durch den gewonnenen zeitlichen Freiraum an die Universitäten zu gehen, ein Grundstudium zu beginnen, auch Scheine zu erwerben und Prüfungen abzulegen – das passiert alles schon in der Praxis, nur muss man auch ganz klar dazu sagen: Es gibt junge Leute, die ihr Grundstudium in einem Fach beendet haben und in demselben Fach in Gänze noch einmal das Abitur ablegen müssen. Das macht keinen Sinn; unter diesem Aspekt sollten wir wirklich auch noch einmal an dieses Thema herangehen.

**(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)**

Es gibt einige gute Beispiele im Land für gute Kooperationen zwischen Schulen und Hochschulen, wo wirklich hervorragende Leistungen erbracht werden. Das soll eine Möglichkeit und keine Vorschrift werden, aber man muss es einfach ins Auge fassen. Es machte wirklich keinen Sinn, sollte ein Schüler, der längst in der Oberstufe angekommen ist, noch die Prüfung der Sekundarstufe I ablegen – vergleichbar verhält es sich nämlich mit einem Oberstufenschüler, der das Grundstudium absolviert hat – in Münster gibt es dazu viele Beispiele –, aber hinterher noch das Abitur in demselben Fach ablegen muss.

Ich finde es richtig, verantwortlich mit der Zeit junger Menschen umzugehen. Das heißt, wenn sie besondere Begabungen besitzen, sind sie schon mit einem Bein an den Universitäten, aber auch ganz fest in ihrer Schule in der Oberstufe verankert, bis sie auch den Rest des Abiturs machen – das wäre der Vorschlag der FDP.

Wenn wir zum geeigneten Zeitpunkt über dieses Thema sprechen, hoffe ich, dass diese Vorschläge hier in das Regierungshandeln einfließen können, denn wir halten sie für gut. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kol-

leginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, um es gleich vorwegzunehmen – damit kann ich mich den meisten Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen –: Die Landesregierung hält die vorgelegten Anträge und den Gesetzentwurf nicht für zielführend und für sehr kurzsichtig gedacht. – Ich will das gerne etwas ausführlicher erläutern.

Zum ersten Punkt, der Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich gilt – und das ist ein wichtiger Punkt, auf den der Schulausschussvorsitzende schon hingewiesen hat –, dass für die bundesweite Anerkennung des Abiturs die Kultusministerkonferenzvereinbarungen zur gymnasialen Oberstufe verbindlich einzuhalten sind. Und wir wollen selbstverständlich, dass die Schülerinnen und Schüler, die bei uns das Abitur machen, bundesweit mit diesem Abitur studieren können. Das ist eine ganz zentrale Ausgangslage.

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die gymnasiale Oberstufe ermöglicht auch heute schon, die Oberstufe in zwei, drei oder vier Jahren zu durchlaufen und damit eine gewisse individuelle Anpassung vorzunehmen. Der Regelfall ist ein dreijähriger Durchlauf. Eine Verkürzung auf zwei Jahre ist möglich.

Bei Vorliegen entsprechender Leistungen kann die Einführungsphase übersprungen und direkt der Eintritt in die Qualifikationsphase erfolgen. Das gilt im Übrigen auch für Schülerinnen und Schüler von Realschulen, Gesamtschulen und zukünftig von Gemeinschaftsschulen, wenn die Pflichtbedingung der Belegung einer zweiten Fremdsprache in der Sekundarstufe I erfüllt ist. Diese Regelung ermöglicht zum Beispiel auch Auslandsaufenthalte während der Einführungsphase.

Auch eine Verlängerung auf vier Jahre ist möglich: durch Wiederholung der Einführungsphase, durch Rücktritt aus dem ersten Jahr der Qualifikationsphase in die Einführungsphase bzw. aus dem zweiten oder dritten Halbjahr der Qualifikationsphase in das erste Halbjahr der Qualifikationsphase. Auch das zweite Jahr der Qualifikationsphase kann gegebenenfalls wiederholt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke, Ihre zweite Forderung betrifft das gleichzeitige Absolvieren von Kursen desselben Faches in Form einer Staffelung der Kurse. Welche Organisationsform Sie damit konkret meinen, wird nicht deutlich.

Ich zitiere aus den KMK-Vereinbarungen zur gymnasialen Oberstufe im Wortlaut:

„In der Qualifikationsphase ist der Unterricht schulhalbjahrsbezogen gegliedert, thematisch bestimmt und Fächern mit für sie geltenden Lehrplänen zugeordnet. Die Anwendung des Prinzips der Sequenzialität ist zu gewährleisten.“

Das bedeutet, dass zum einen die Orientierung an den Lehrplänen in der Regel den aufsteigenden Unterricht in dem jeweiligen Fach vorschreibt, was bei gleichzeitiger Absolvierung von Kursen nicht gewährleistet ist. Zum anderen schließt das Prinzip der Sequenzialität die gleichzeitige Belegung aus.

Ein weiterer Aspekt macht das gleichzeitige Absolvieren von Kursen desselben Faches unmöglich. Die Stundenplangestaltung für die Jahrgangsstufen in der gymnasialen Oberstufe müsste sämtliche individuellen Schullaufbahnen berücksichtigen. Bei einer Gesamtwochenstundenzahl von durchschnittlich 34 pro Jahrgangsstufe wäre dies nicht leistbar. Eine Ausweitung des Fächerangebotes ist den Schülerinnen und Schülern nicht zuzumuten.

Ein Baukastensystem – das klang ja jetzt noch einmal an –, wie es offenbar der Fraktion Die Linke vorschwebt, würde eine Angebotspalette voraussetzen, aus der die Schülerinnen und Schüler jedes Jahr neu die Module wählen können. Zeitliche Überschneidungen, Parallelangebote und anderes würden zu enormen organisatorischen Schwierigkeiten führen, da seitens der Schulen ein Angebot von passenden Modulen zur Gewährleistung der individuellen Schülerlaufbahn vorgehalten werden müsste. Das würde eine Oberstufe voraussetzen, die eher an die Struktur eines Universitätsprinzips erinnert. Dies ist für die überwiegende Zahl der Schulen in Nordrhein-Westfalen auch mit der Größe der Oberstufen in Nordrhein-Westfalen völlig unrealistisch.

Auch hinsichtlich der zentralen Abiturprüfung ist das Baukastensystem nicht zu realisieren. Die KMK-Vereinbarungen schreiben bei der Feststellung der Gesamtqualifikation die Einbringung von Leistungen aus der Qualifikationsphase als Block I und von Leistungen der Abiturprüfung als Block II vor. Die Gesamtqualifikation für die Abiturprüfung wird zu etwa zwei Dritteln durch Leistungen in der Qualifikationsphase erworben. Der Unterricht in der Qualifikationsphase bereitet auf die Prüfung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife vor.

Um den Schülerinnen und Schülern in der Qualifikationsphase eine adäquate Vorbereitung auf die zentralen Abiturprüfungen zu gewährleisten, müssen die organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen bei den Schülerinnen und Schülern vergleichbar sein, was bei einem Baukastensystem nicht der Fall wäre.

Die dritte Forderung betrifft die Möglichkeit der Wahl von Kursen zur Schwerpunktbildung und Vertiefung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für Schülerinnen und Schüler besteht in der gymnasialen Oberstufe aktuell eine ausreichende Möglichkeit, Kurse zu wählen, die über die Belegung von Pflichtkursen hinausgeht.

Schwerpunktsetzungen können sowohl im naturwissenschaftlich-technischen wie auch im sprachlich-

chen Aufgabengebiet erfolgen. Zudem ermöglicht die Belegung von Leistungskursen und Projektkursen eine weitere Schwerpunktbildung, die wissenschaftspropädeutisches Arbeiten an komplexen Problemen ermöglicht. Für die Vertiefung stehen Vertiefungskurse zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ich habe dies etwas ausführlicher dargestellt, damit deutlich wird, dass eine vielleicht charmant klingende Forderung wie Modularisierung unsere Oberstufen vor enorme Herausforderungen stellen würde und im Moment absolut nicht kompatibel ist mit dem System, das wir im Moment haben, sodass die Anerkennung unserer Abiturabschlüsse in anderen Bundesländern infrage stünde.

Wie sich aber Teilabiturprüfungen, die Sie, Frau Pieper-von Heiden, in den Raum gestellt haben, mit der Initiative einiger Landesregierungen, in denen Sie vertreten sind, verträgt, ein bundesweites Zentralabitur einzuführen, das müssen Sie mir einmal erklären. Das passt überhaupt nicht zusammen. Das entlarvt ein wenig die bayerischen und die Vorschläge, die von schwarz-gelb geführten Landesregierungen – Baden-Württemberg zählt ja erfreulicherweise nicht mehr dazu.

Meine Damen und Herren, ich komme zum „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Rücknahme des sog. ‚Turbo-Abiturs‘ in der Sekundarstufe I“. – Bei der Einführung und Umsetzung des sogenannten Turboabiturs hat die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung total versagt. Die vielen Fehler und Versäumnisse will ich heute nicht erneut auflisten; sie haben uns hier im Parlament über die Jahre hinweg immer wieder beschäftigt.

Wir haben deshalb zu diesem Komplex im Herbst letzten Jahres zu einem Arbeitsgespräch eingeladen und uns mit rund 30 Vertreterinnen und Vertretern von Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden sowie Schulleitungen in einem sehr konstruktiven Gespräch ausgetauscht.

Dabei wurden sieben Handlungsfelder ausgemacht, die zu einer Optimierung des verkürzten Bildungsgangs führen können. Dazu gehören insbesondere die Umsetzung der curricularen Vorgaben sowie die Regelungen zu den Hausaufgaben.

Konkrete Hilfestellungen wurden hierzu bereits erarbeitet, in Schulleiterdienstbesprechungen thematisiert, und sie werden den Schulen im Netz zur Verfügung gestellt. Allen Gymnasien wird ein pädagogischer Tag zur Verfügung gestellt, um Optimierungsmöglichkeiten an ihrer eigenen Schule zu erörtern und zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, bereits am 15. Dezember 2010 hat die Landesregierung das Parlament über die Optimierungsbedarfe im verkürzten Bildungsgang umfassend informiert. Ich behaupte, das war und ist ein ziemlich umfassender Bericht,

und der ist auch noch nicht überholt. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde der schriftliche Bericht „Herausforderung Schulzeitverkürzung – Gymnasiale Bildung der Zukunft sichern“ vorgelegt. Dieser Bericht ist am 16. Dezember 2010 als Anlage einer Schul-Mail an alle Gymnasien versandt worden. Darin sind die Problemlagen und die wesentlichen Handlungsbedarfe umfassend dargelegt worden.

Uns ist aber auch klar – das habe ich damals deutlich gemacht –: Mit diesem Bericht alleine ist nicht die Schulwirklichkeit verändert, sondern wir werden eine gewisse Zeit brauchen, bis das alles aufgearbeitet ist und bis die Schulen damit systematisch arbeiten können. Ich finde allerdings, dass Sie von der Linken es sich zu leicht machen, wenn Sie jetzt einen neuen Bericht fordern. Sie haben aber keinen Vorschlag gemacht, was denn neu dazukommen müsste. Deswegen halte ich das für ein bisschen zu kurz gesprungen.

Meine Damen und Herren, wir haben den Schulträgern und den Schulen aber auch die Möglichkeit eingeräumt, einmalig zum kommenden Schuljahr im Rahmen eines Schulversuchs einen längeren Bildungsgang einzurichten. Ich finde das auch nach wie vor richtig. Die Zahl ist überhaupt nicht entscheidend.

Frau Pieper-von Heiden, wieso ein Angebot, etwas freiwillig einzurichten, Chaos in alle Schulen tragen kann, müssen Sie mir erklären.

Die teilnehmenden Gymnasien werden in einem G9-Bildungsgang prüfen, in welchem Umfang die Belastungen zurückgehen und ob die Leistungen der Schülerinnen und Schüler so zu verbessern sind.

Wir haben im Schulministerium Eckpunkte zu den Voraussetzungen entwickelt, die erforderlich sind, damit Gymnasien versuchsweise entweder einen reinen G9- oder auch einen parallelen G8/G9-Bildungsgang anbieten können. 14 Gymnasien in unserem Land gehen nun diesen Weg. Die meisten Schulen haben von den Eltern guten Zuspruch erfahren.

Nur ein wissenschaftlich begleiteter Schulversuch kann uns eine gesicherte Antwort auf die Frage geben, ob es in unterschiedlich langen Bildungsgängen signifikante Auffälligkeiten beim Lernerfolg von Schülerinnen und Schüler gibt. Abhängig von der Auswertung dieses Schulversuchs wird die Landesregierung dann entscheiden, ob ein G9-Bildungsgang wieder schulgerecht verankert werden sollte.

Unabhängig davon ist an Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen nach wie vor ein neunjähriger Bildungsgang zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife in Nordrhein-Westfalen gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss darauf hinweisen, dass in der zum Antrag und zum Gesetzentwurf vom Ausschuss für Schule und Weiterbildung durchgeführten Anhörung weitgehend Einigkeit bestand, derzeit auf Änderungen sowohl bei der Oberstufe als auch bei G8 zu verzichten, weil die Schulen in der Tat erst einmal da durchwollen und das erst einmal abschließen wollen. Dem kann ich mich aus voller Überzeugung anschließen. Ich bin froh, dass diese Haltung in diesem Parlament so weitgehend geteilt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur ersten Abstimmung. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1551 – Neudruck –, Satz 1**, den Antrag Drucksache 15/134 abzulehnen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Grünen abgelehnt.

Zweitens. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in Drucksache 15/1551 ...

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Das war, glaube ich, falsch!)

– War das eine Enthaltung? – Nein. Ich habe gesagt: mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Linken.

(Zurufe: Nein! – Zuruf: Alle gegen die Linken! – Gunhild Böth [LINKE]: Alle gegen uns!)

– Okay. Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in der Beschlussempfehlung Drucksache 15/1551 – Neudruck –, **Satz 2**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/135 ebenfalls abzulehnen. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Damit ist wie oben

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Wollen Sie nicht nach Enthaltungen fragen?)

die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf 15/135 mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.



(Ralf Michalowsky [LINKE]: Ich wollte noch mit Nein stimmen!)

– Ja gut, dann muss man sich melden, wenn ich dazu aufrufe.

Wir kommen zum dritten Punkt, nämlich der Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1642**. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke **abgelehnt**.

Wir kommen nun zu:

## 6 Transparenz bei Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas schaffen

Eilantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1635

Zu diesem Thema hat die Fraktion der FDP mit Schreiben vom 28. März 2011 fristgerecht einen Eilantrag eingebracht.

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Romberg das Wort.

**Dr. Stefan Romberg** (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die geplanten Erdgasbohrungen in Nordrhein-Westfalen verunsichern weiterhin die Bürger – im Moment natürlich insbesondere an den Orten, an denen Probebohrungen geplant sind. Die Informationspolitik der Behörden und auch dieser Landesregierung hat bisher nicht dazu geführt, Ängste und Sorgen dieser Menschen zu reduzieren. Vielmehr ist der Eindruck entstanden, dass Menschen noch viel ängstlicher und sorgenvoller reagieren, weil Landesregierung und Bezirksregierung so handeln, wie sie handeln.

Im Februar dieses Jahres hat der Wirtschaftsminister hier in der Plenardebatte noch gesagt, mit dem umstrittenen Fracking-Verfahren habe Nordrhein-Westfalen überhaupt keine Erfahrung; das habe es in Nordrhein-Westfalen noch nie gegeben. In der letzten Woche hörten wir von der Bezirksregierung in Arnsberg, dass dieses Verfahren in Nordrhein-Westfalen doch schon stattgefunden hat, nämlich von 1992 bis 1997 im Kreis Warendorf.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das war in Dortmund, wo wir das gehört haben!)

Die Frage ist: Hat der Wirtschaftsminister hier das Plenum bewusst getäuscht, oder sind solche wichti-

gen Informationen bei diesem Verfahren einfach irgendwo zwischen den Behörden hängen geblieben? Beides ist nicht gut.

Wir wollen ganz genau wissen: Wie war das damals mit dem Frack-Verfahren? Welche Chemikalien sind seinerzeit in den Boden gepresst worden? Wie waren die Auswirkungen für die Umwelt? Warum gab es damals eigentlich keine Bürgerinformation? Bei mir im Kreis Warendorf wissen die Menschen gar nicht, dass früher gefrackt wurde. Das finde ich unmöglich.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Übrigens war das zu einer Zeit, in der Rot-Grün schon regiert hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau!)

Es geschah während der Anfänge von Umweltministerin Bärbel Höhn, der grünen Hochhalterin der Informationsrechte der Bürger. Alles das wirkt rückwirkend doch auch ein sehr schwieriges Licht auf das Wirken von Frau Höhn. Wir hätten gerne die Antworten auf die Fragen, die wir hier stellen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Guten Morgen!)

Die Umweltschäden, nach denen wir gefragt haben, die aus Niedersachsen bekannt waren, sind von der Landesregierung in Beantwortung unserer Kleinen Anfrage verschwiegen worden, obwohl sie 2007 entstanden sind. In derselben Antwort sagt die Landesregierung, sie befinde sich zu diesem Thema in ständigem Austausch mit der niedersächsischen Landesregierung. Wenn der ständige Austausch doch da ist, frage ich mich, warum Umweltschäden aus dem Jahre 2007 in Nordrhein-Westfalen nicht bekannt sind, wenn Probebohrungen anstehen. Oder wurde dort bewusst getäuscht und etwas verschwiegen? Beides ist sicher nicht gut.

Vielleicht berichtet unsere Landesregierung wirklich einmal, wie der konkrete Austausch mit der niedersächsischen Landesregierung aussieht, oder ob die Routine gemeint ist, wenn sich die Landesminister einmal oder zweimal im Jahr auf ihren Konferenzen austauschen.

Es geht um eine Pannenserie, eingeleitet von der Bezirksregierung Arnsberg schon im Dezember mit der Information der Kommunen mittels eines Plagiats einer Exxon-Präsentation, obwohl die Information der neutralen Aufklärung der Kommunen dienen sollte – ein unmögliches Verhalten! Bisher habe ich dazu von der Landesregierung noch keine Stellungnahme vernommen. Ich würde gerne heute hören, was Sie dazu sagen.

(Beifall von der FDP)

Hat es danach personelle Konsequenzen gegeben? Man muss sich einmal vorstellen, was in anderen Bereichen passieren würde, wäre so etwas vorgefallen.